

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
§ 1 Gang der Arbeit, ihr Untersuchungsgegenstand und ihr Ziel	1
1. Rechtsreform und Rechtsanpassung	2
2. Aufpfropfen und harmonische Rechtsanpassung	2
3. Übergang zur Marktwirtschaft	4
4. Freiheit versus Schutz	4
5. Allgemeines Zivilrecht und Sonderrecht	5
Ziel der Arbeit	5
1. Teil	7
Vertragsfreiheit, AGB-Kontrolle und verbraucherschützende Normen im polnischen Recht bis 1990	7
§ 2 Der Rechtszustand in Polen in der Zwischenkriegszeit 1918 – 1939	8
I. Rechtszersplitterung 1918 – 1939	8
II. Kodifizierungsbestrebungen 1918-1939	10
III. Die Vertragsfreiheit im Kodex der Schuldverhältnisse (OblR) von 1933	12
1. Der Begriff und das Verständnis der Vertragsfreiheit im OblR	13
2. Die Ausgestaltung der Vertragsfreiheit im OblR	15
3. Inhalt und Zweck des Vertrages nach dem Art. 55 OblR	16
a. Inhalt („treść”) des Vertrages	16
b. Zweck („cel”) des Vertrages	16
4. Die Grenzen der Vertragsfreiheit nach Art. 55 OblR	18
a. Öffentliche Ordnung („porządek publiczny”)	18
b. Gesetz („ustawa”)	19

c. Die guten Sitten („dobre obyczaje“)	20
d. Grenze der Unmöglichkeit aus Art. 56 ObLR	21
5. Würdigung und Zusammenfassung	21
IV. Die Einbeziehung von Allgemeinen Vertragsbedingungen im ObLR von 1933	22
1. Die Regelung des Obligationenrechts	22
a. Die Einbeziehung von Richtlinien nach Art. 71 ObLR	23
b. Die Einbeziehung von Vertragsmustern („wzory umowy“) nach Art. 72 ObLR	25
c. Einbeziehung der übrigen AGB in den Vertrag	26
2. Zusammenfassung	26
V. AGB-Kontrolle im Kodex der Schuldverhältnisse (ObLR) von 1933	26
VI. Ergebnis bezüglich des Verbraucherschutzes im Zwischenkriegs-Recht	27
 § 3 Der Rechtszustand von 1945 bis 1990	 29
I. Die Jahre 1945 bis 1964 - die Schaffung eines einheitlichen Rechtssystems und die Errichtung einer kommunistisch geprägten Rechtsordnung	29
1. Die Vereinheitlichung des Rechtes 1945/46	29
2. Die Änderungen des Zivilrechts nach 1945	30
II. Die Zeit der Konsolidierung nach der Inkraftsetzung des ZGB im Jahre 1965	32
1. Die Kodifikation des Zivilgesetzbuches im Jahre 1964	32
2. Die Veränderung der Rolle des Zivilrechts unter der neuen Wirtschaftsverfassung	32
3. Das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen und ihre Einbeziehung und Kontrolle im ZGB (1964)	33
a. Die Ermächtigungen des Art. 2 ZGB und des Art. 384 ZGB (1964) als zentrale Normen im Vertragsmusterrecht	34
b. Die Dogmatik des Vertragsmusterrechts im ZGB (1964)	35
c. Die Einbeziehung von Richtlinien nach Art. 385 ZGB (1964)	36

4. Die Vertragsfreiheit unter der neuen Wirtschaftsverfassung und ihre Einschränkungen	37
III. Die Jahre der Krise und die Reformdiskussion von 1980 bis 1989	38
IV. Ergebnis: Das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen und des Verbrauchers unter dem neuen Wirtschaftssystem	38
2. Teil	41
Das polnische Recht im Bereich der Vertragsfreiheit und des Verbraucherschutzrechtes nach der Reform 1989/1990 unter besonderer Berücksichtigung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	41
§ 4 Die Reform des ZGB im Jahre 1989 und 1990 und die Vertragsfreiheit im ZGB (1990)	41
I. Die Reform des ZGB im Jahre 1989 und 1990	41
II. Die Vertragsfreiheit im ZGB 1990	43
III. Die Auslegung des Art. 353 ¹ ZGB und die Grenzen der Vertragsfreiheit	45
IV. Die Grenzen der Vertragsfreiheit	48
1. Die allgemeinen Grenzen der Vertragsfreiheit	48
2. Die Einschränkungen der Vertragsfreiheit in Art. 353 ¹ ZGB im einzelnen	50
a. Der Charakter bzw. die Natur des Rechtsgeschäfts	51
b. Gesetze	55
c. Die Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens	57
3. Rechtsfolgen einer Verstoßes gegen Art. 353 ¹ ZGB	59
4. Gerichtliche Anwendung des Art. 353 ¹ ZGB	59
5. Die Gestaltung des Inhalts von Verträgen durch das Gericht	60
§ 5 Verbraucherschutzrecht im ZGB (1990)	62
I. Begriffsbestimmungen und Arten der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	63
1. Begriffsbestimmungen: AGB, Vertragsmuster und Richtlinien	63

2. Qualifizierte und nichtqualifizierte allgemeine Geschäftsbedingungen	65
3. Normative allgemeine Geschäftsbedingungen ('normatywne wzorce umowne')	68
4. Zusammenfassung	69
II. Die Verordnung vom 30. Mai 1995 über Kaufverträge unter Beteiligung von Verbrauchern und ihre Bedeutung für den Verbraucherschutz	70
1. Einführung	70
2. Rechtsnatur und Anwendungsbereich der Ermächtigung nach Art. 384 (1990) ZGB sowie die an ihr geübte Kritik	71
3. Die Wirkung der Verordnung auf Verträge	74
4. Der Begriff des Verbrauchers ('konsument') in der Verordnung und im polnischen Recht	74
5. Der Inhalt der Verordnung vom 30. Mai 1995	76
6. Die Effektivität der Verordnung im Bereich des Verbraucherschutzes	77
III. Das Recht der Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag nach dem ZGB (1990)	78
1. Die Einbeziehung von qualifizierten allgemeinen Geschäftsbedingungen nach Art. 385 § 1 ZGB (1990)	78
2. Die Einbeziehung von nichtqualifizierten allgemeinen Geschäftsbedingungen nach Art. 385 § 2 ZGB (1990)	80
3. Die Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen in Dauerschuldverhältnissen nach Art. 385 § 3 ZGB (1990)	82
4. Der Grundsatz des Vorrangs des Vertrages in Art. 385 ¹ ZGB (1990)	85
5. Zusammenfassung	87
IV. Die Inhaltskontrolle von allgemeinen Geschäftsbedingungen im ZGB	87
1. Die Inhaltskontrolle der allgemeinen Geschäftsbedingungen nach Art. 385 ² ZGB (1990)	88
2. Der Anwendungsbereich der Inhaltskontrolle nach Art. 385 ² ZGB (1990)	89
3. Der Maßstab der Inhaltskontrolle nach Art. 385 ² ZGB (1990)	94
4. Das Verfahren der Inhaltskontrolle nach Art. 385 ² ZGB (1990)	98

5. Die Rechtswirkung der Feststellung der Verwendung einer im Sinne von Art. 385 ² ZGB (1990) unerlaubten Klausel	101
6. Die Überprüfung der allgemeinen Geschäftsbedingungen anhand von allgemeinen Regeln des ZGB (1990) und anhand von anderen Normen	102
a. Die Überprüfung der allgemeinen Geschäftsbedingungen anhand von allgemeinen Regeln des ZGB	102
b. Die Überprüfung von allgemeinen Geschäftsbedingungen anhand von Normen außerhalb des ZGB	103
aa. Kontrolle nach dem Antimonopolgesetz (AntiMG)	103
bb. Kontrolle nach dem Gesetz über das höchste Gericht	104
7. Zusammenfassende Kritik an der Inhaltskontrolle nach Art. 385 ² ZGB (1990)	105
V. Kollisionsrecht und Verbraucherschutz	106
VI. Privatautonomie und Verbraucherschutz	107
VII. Zwischenergebnis und Zwischenbewertung	107
 3. Teil	 109
Polnisches Verfassungsrecht und das Europäische Verbraucherschutzrecht - Vorgaben, Anpassung und Rechtsangleichung	109
§ 6 Polnisches Verfassungsrecht und das Assoziierungsabkommen im Hinblick auf den Verbraucherschutz	109
I. Polnisches Verfassungsrecht	110
1. Die Polnische Verfassungsgeschichte von 1791 bis zur ‚Mała Konstytucja‘ von 1992	110
2. Die Vorgaben der Verfassung von 1997 im Bereich des Zivilrechts, insbesondere der Vertragsfreiheit und des Verbraucherschutzes	112
II. Das Assoziierungsabkommen (Europa-Abkommen) zwischen der EU und Polen, andere Vorgaben der Europäischen Union und die Strategie der EU im Hinblick auf den Beitritt Polens	115
1. Das Assoziierungsabkommen in der polnischen Verfassungsordnung	115
2. Die Verpflichtungen für den polnischen Gesetzgeber aus Art. 68, 69 EA (Europa-Abkommen) und andere allgemeine Vorgaben im Zivilrecht	116

3. Das Prinzip der vollständigen Übernahme des <i>acquis communautaire</i>	118
4. Allgemeiner Überblick über die Strategie der Europäischen Union im Hinblick auf den Beitritt	118
a. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Polen und dessen Inhalt	121
b. Das Weißbuch der Europäischen Kommission	125
c. Die Agenda 2000 der Europäischen Kommission	127
d. Die Beitrittsstrategie nach den Beschlüssen von Amsterdam und der gegenwärtige Stand im Sommer 2000	130
5. Die Verfahrensweise der Rechtsangleichung in dem Assoziierungsstaat Polen	132
III. Zusammenfassung der polnischen verfassungsrechtlichen und assoziierungsrechtlichen Vorgaben im Verbraucherschutzrecht	136
§ 7 Das europäische Verbraucherschutzrecht und sein Niederschlag im <i>acquis communautaire</i>	137
I. Entwicklung des Europäischen Verbraucherschutzrechtes seit 1975	139
1. Programm für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher von 1975 sowie die Entwicklung in den 80er Jahren	139
2. Die Anerkennung des Verbraucherschutzes durch Art. 100a / Art. 95 n.F. EGV im Jahre 1986 und die kompetenzrechtlichen Grundlagen des Gemeinschaftsgesetzgebers zum Tätigwerden im Bereich des Verbraucherschutzrechts	142
a. Die "abgeleitete" Kompetenznorm für das Verbraucherschutzrecht nach Art. 100a / Art. 95 n.F. EGV - die Herstellung des Binnenmarktes	143
b. Die "originäre" Kompetenznorm für das Verbraucherschutzrecht nach Art. 3 lit. s / Art. 3 lit. t n.F. EGV und Art. 129a / 153 n.F. EGV nach den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam	146
c. Ergebnis	149
3. Die Bandbreite der Aktivitäten des Europäischen Gesetzgebers im Verbraucherrecht	150
4. Ergebnis	158

II. Vorgaben des europäischen Rechts im Bereich der Einbeziehung und der Kontrolle mißbräuchlicher Klauseln durch die Richtlinie 93/13 vom 5. April 1993 (Klausel-Richtlinie)	158
1. Die Entstehungsgeschichte der Klausel-Richtlinie	159
2. Die Ratio legis der Klausel-Richtlinie	161
3. Überblick über den Inhalt der Klausel-Richtlinie	162
4. Das Schutzniveau der Klausel-Richtlinie und das vom umsetzenden Gesetzgeber einzuhaltende Schutzniveau	163
a. Das Schutzniveau der Klausel-Richtlinie	163
b. Die Kritik am Schutzniveausystem	165
5. Der Inhalt der Klausel-Richtlinie im einzelnen	166
a. Persönlicher Anwendungsbereich	166
b. Sachlicher Anwendungsbereich	169
aa. Vertragsgegenstand liegt im Anwendungsbereich der Klausel-Richtlinie	169
bb. Vertragsklausel liegt im Prüfungsbereich der Klausel-Richtlinie	170
c. Regeln zur Einbeziehung von AGB in der Klausel-Richtlinie	173
d. Mißbrauchskontrolle nach Art. 3 I RL	174
aa. Die Generalklausel in Art. 3 I RL	174
bb. Die Einbeziehung der Vertragsschlußmodalitäten in die Mißbräuchlichkeitsprüfung	176
cc. Der Klauselkatalog im Anhang der Klausel-Richtlinie	177
dd. Die Rechtsfolge einer Mißbräuchlichkeit	180
ee. Die Vereinbarkeit der Generalklausel mit dem Konzept der Privatautonomie	181
e. Das Transparenzgebot	182
f. Die Effektivität des Rechtsschutzes in der Klausel-Richtlinie und die präventive Kontrolle	185
g. Kollisionsrechtliche Bestimmungen in der Klausel-Richtlinie	186
6. Zusammenfassende Wertung der Klausel-Richtlinie	190
III. Zusammenfassung der europäischen Vorgaben	191

4. Teil	195
Das polnische Recht im Spannungsfeld von nationaler Rechtsreform und europäischer Anpassung	195
§ 8 Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Rechtsangleichung des polnischen an das europäische Recht	195
I. Allgemeines zur Rechtsangleichung in dem Assoziierungsstaat Polen	195
II. Die Perzeption des europäischen Rechts, insbesondere des Verbraucherrechts, in der polnischen Rechtswissenschaft	198
III. Die Notwendigkeit zur Rechtsangleichung im Bereich des AGB-Rechts	203
1. Die Rechtslage 1990 bei der Einbeziehungskontrolle im Vergleich zum europäischen Mindeststandard	203
2. Die Rechtslage 1990 bei der Kontrolle der mißbräuchlichen Klauseln im Vergleich zum europäischen Mindeststandard	204
a. Die Mißbrauchskontrolle	204
b. Die Einschränkung der Anwendung der Generalklausel	205
c. Die Gewährleistung einer effektiven Kontrolle	206
3. Kollisionsrecht	206
4. Zusammenfassung	206
§ 9 Das Verbraucherschutzgesetz vom 2. März 2000 als Umsetzung des europäischen Verbraucherschutzrechts im polnischen Recht	207
I. Die gesetzgeberische Intention des Verbraucherschutzgesetzes und der anderen Entwürfe	210
II. Überblick über den Aufbau des Verbraucherschutzgesetzes und seinen wesentlichen Inhalt	213
1. Übersicht über den Inhalt des Verbraucherschutzgesetzes	213
2. Haustürgeschäfte	214
3. Fernabsatzgeschäfte	217
4. Produkthaftung	218
5. Time-Sharing-Verträge	219
6. Verträge über Pauschalreisen	220

7. Die Umsetzung der Klausel-Richtlinie durch die Neufassung des ZGB im Überblick	220
a. Ergänzung des ZGB	220
b. Ergänzung der ZPO und des OWiK	221
III. Der Inhalt des Verbraucherschutzgesetzes im einzelnen und im Vergleich zu der Klausel-Richtlinie	222
1. Schutzniveau des Verbraucherschutzgesetzes	222
2. Anwendungsbereich des Verbraucherschutzgesetzes	223
a. Persönlicher Anwendungsbereich	224
aa. Verbraucher ('konsument')	224
bb. Der Gewerbetreibende ('przedsiębiorca')	226
b. Sachlicher Anwendungsbereich	226
aa. Allgemeine Geschäftsbedingungen	227
bb. Nicht individuell vereinbarte Bestimmungen ('indywidualnie nie uzgodnione postanowienia')	228
3. Die Einbeziehung von AGB in Verträge mit Verbrauchern	230
a. Einbeziehung in Verträge nach Art. 384 ZGB	230
b. Einbeziehung der AGB in Dauerverträge nach Art. 384 ¹ ZGB	232
c. Die Sonderregel des Art. 385 ⁴ ZGB bei kollidierenden Geschäftsbedingungen	232
4. Abschlußregeln für Verbraucherverträge	233
5. Mißbrauchs- und Klauselkontrolle im Verbraucherschutzgesetz	234
a. Der Anwendungsbereich der AGB-Prüfung	234
b. Der Prüfungsmaßstab der Generalklausel	237
aa. Die Guten Sitten ('dobre obyczaje')	239
bb. Die erhebliche Verletzung der Interessen des Verbrauchers	242
cc. Das Verhältnis der guten Sitten und der erheblichen Verletzung der Interessen in Art. 385 ¹ § 1 ZGB	244
c. Die Bedeutung des Beurteilungsmaßstabes nach Art. 385 ² ZGB für die Feststellung von unerlaubten Klauseln	244
d. Unerlaubte bzw. mißbräuchliche Klauseln	245

e. Rechtsfolgen einer unerlaubten Klausel in AGB	248
f. Prüfungsreihenfolge und Zusammenfassung	249
6. Das Transparenzgebot in Art. 385 ZGB	250
7. Die Effektivität des Rechtsschutzes im Verbraucherschutzgesetz	251
8. Das Kollisionsrecht im Verbraucherschutzgesetz	253
9. Zusammenfassung und Bewertung des Verbraucherschutzgesetzes	255
10. Die Vereinbarkeit des Verbraucherschutzgesetzes mit der Konzeption der Klausel-Richtlinie	256
IV. Der Gesetzesentwurf vom 2. März 1999 und seine Vereinbarkeit mit der Klausel-Richtlinie	258
1. Unerlaubte Klauseln	259
a. Überblick	259
b. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	259
c. Der anzuwendende Prüfungsmaßstab	260
d. Die Liste unerlaubten Klauseln	260
e. Sonstiges	261
f. Kollisionsrecht und das Verhältnis der Vorschriften zum ZGB	261
aa. Kollisionsrecht	261
bb. Verhältnis der Normen des ‚Gesetzes zum Verbraucherschutz‘ zum ZGB	262
g. Zusammenfassung	263
2. Verbraucherkredit	263
3. Verbraucherschiedsgerichtsbarkeit	263
4. Zusammenfassung	264
V. Konkrete Verbesserungsvorschläge zum Verbraucherschutzgesetz	265
1. Anwendungsbereiche und Definitionen	265
a. Definition des Verbrauchers	265
b. Definition des Gewerbetreibenden	265
c. Anwendungsbereich der Generalklausel	266

2. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	268
3. Formulierung der Generalklausel	270
a. Die Generalklausel des Art. 385 ¹ ZGB	270
b. Die Auslegungsregel des Art. 385 ² ZGB	272
4. Sonstiges	272
a. Kollisionsrecht	272
b. Die in der Klauselliste enthaltenen einzelnen Klauseln	273
c. Die Umsetzung des Art. 5 Satz 2 RL und Rechtsfolge beim Transparenzgebot	273
d. Vertragsabschlußregeln	274
VI. Die Privatautonomie im polnischen Zivilrecht nach Inkrafttreten des Verbraucherschutzgesetzes	274
§ 10 Thesen und Schluß	277
§ 11 Krótkie streszczenie dysertacji - Kurze Zusammenfassung der Dissertation	281
Anhang der wichtigsten Vorschriften (polnisch / deutsch)	289
1. Bestimmungen des OblR von 1933 (polnisch/deutsch)	289
2. Bestimmungen des ZGB (1964) (polnisch/deutsch)	290
3. Bestimmungen des ZGB (1990) (polnisch/deutsch)	292
4. Bestimmungen des polnischen Internationalen Privatrechts (IPRG) (polnisch/deutsch)	294
5. Verordnung vom 30. Mai 1995	295
6. Bestimmungen des ZGB-E von 1998/1999 (deutsch/deutsch) und des in den Sejm eingebrachten Entwurfes vom 2. März 1999 (polnisch/deutsch)	296
a. Gesetzesprojekte zur Neufassung des Verbraucherschutzgesetzes (u.a. Änderung des ZGB)	296

b. Gesetzesprojekt, das am 2. März 1999 in den Sejm eingebracht worden ist (Auszug) (deutsch)	327
7. Das Verbraucherschutzgesetz vom 2. März 2000 (polnisch / deutsch)	332
8. Die vom Autor im 4. Teil vorgeschlagenen Änderungen (polnisch/deutsch) im Überblick	360
9. Bestimmungen der Verf. 1997 (polnisch/deutsch)	363
10. Bestimmungen des Europa-Abkommens (polnisch/deutsch)	369
11. Bestimmungen des EGV (in der Fassung Maastricht/Amsterdam)	370
12. RICHTLINIE 93/13/EWG über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen vom 5. April 1993 (ABl. Nr. L 95/29)	374
13. Bestimmungen aus dem (deutschen) AGBG	383
Abkürzungsverzeichnis	387
Literaturverzeichnis	389
Lebenslauf – Curriculum vitae	405

Die Begrenzung des Geschiedenenunterhaltes nach
Dauer und Umfang
eine typisierbare Folge der Ausgestaltung der
ehelichen Lebensgemeinschaft?

Gramse, G.R.

2001, XIV, 187 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-540-41872-6